

# Laibacher Zeitung.

Nr. 211.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11. halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15. halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 15. September

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesmal 30 fr.

1868.

## Amtlicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. September d. J. den Domherrn Vincenz Segarich zum Erzpriester und Pfarrer an dem Collegiatenkapitel zu Pago, dann den Pfarrer zu Brevisacqua Anton Susic und den Chorvikar Stephan Buglietta zu Domherren desselben Capitels allergnädigst zu ernennen geruht.

Safner m. p.

Der Minister des Innern hat den galizischen Oberingenieur Franz Dimmer zum Bauvater für den Staatsbaudienst in Dalmatien ernannt.

Der Minister des Innern hat den Ingenieur Franz Nagher zum Obergeringieur, dann die Bauadjuncten Leopold Ritter v. Neupauer und Otto Wagner zu Ingenieuren für den Staatsbaudienst in Steiermark ernannt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat zum Director der deutschen Lehrerbildungsschule in Prag den Realschullehrer Joseph Knappe und zum Director der dortigen böhmischen Lehrerbildungsschule den Lehrerbildner Joseph Walter ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Rückblick auf die Thätigkeit des Reichsrathes.

XIV.

Neben dem Gesetz über die Disciplinarbehandlung richterlicher Beamten erscheint uns das Gesetz, welches im Reichsrathe über die Organisation der politischen Verwaltungsbehörden beschlossen wurde, als ein besonders wichtiges, weil es mit der Durchführung der Verfassungsbestimmung innig zusammenhängt und weil angesichts der geänderten politischen Verhältnisse nichts so sehr der Reform in Oesterreich bedürftig war, als der politische Verwaltungsdienst.

Als nach Aufhebung des Patrimonial-Verhältnisses der Verwaltungsdienst in die Hände von landesfürstlichen Beamten gegeben wurde, erzeugten die damals getroffenen Einrichtungen in weiten Kreisen ziemliche Unzufriedenheit. Noch schlimmer war es nach 1849. Der constitutionelle Hauch, der leise die Lüfte durchwehte, war ganz verschwunden, der bureaukratische Geist zog in vollem Umfange ein und die Jahre 1854 bis 1860 haben durch die Art der politischen Verwaltung wesentlich zu jener Verfallung beigetragen, die in allen Ländern gegen die Centralregierung groß geworden ist. Nach Einführung der constitutionellen Formen wurde selbstständig an die Reorganisation des politischen Geistes gedacht, allein ebenso wenig im Jahre 1863, als später, wurde diese vollzogen und sie blieb der gegenwärtigen Regierung vorbehalten, welche hiebei von dem Principe der Trennung der Justiz von der politischen Verwaltung geleitet war. Dieses Princip ist nun durchgeführt worden und es war ferner auch natürlich, daß bei dieser Reorganisation nach dem Verfassungs-Principe der Regierung auch der Apparat der Verwaltung eingerichtet werden mußte und daß der Gedanke der Verantwortlichkeit, wie im Centrum herrschend, auch in den unteren Organen zum Ausdruck gebracht werden müsse.

Die Regierung ging ferner von der Ueberzeugung aus, daß bei der Reorganisation des Verwaltungsdienstes die Einfachheit und Wohlfeilheit unabwiesliche Erfordernisse sind und daß — worauf ein besonderer Nachdruck gelegt werden muß — bei der Durchführung des Verwaltungsdienstes auf die Eigentümlichkeiten der Königreiche und Länder Rücksicht zu nehmen sei und daß namentlich das in neuerer Zeit zum großen Vortheile des Gemeinwesens lebendig gewordene Princip der Selbstverwaltung in den Ländern und einzelnen Gemeinden erhalten und erweitert werden müsse.

Aus diesen leitenden Gesichtspunkten ging hervor, daß die Regierung eine größere Decentralisation in der Verwaltung und im Verwaltungsdienste durchzuführen beabsichtigt. Uebrigens brachte es auch das Princip der Verantwortlichkeit der Regierung mit sich, daß die Statthalter und Landespräsidenten in den einzelnen Ländern, nebst dem, daß sie dem Umfange nach eine größere Wirksamkeit haben, auch intensiv eine größere Wirksamkeit

haben mußten, und wie der Umfang ihrer Wirksamkeit erweitert wurde, so haben sie auch ein größeres Recht in der Wahl der Organe. Uebrigens hielt es die Regierung auch für ihre Aufgabe, alle überflüssigen Stellen bei der Organisation des Verwaltungsdienstes zu beseitigen und das Princip der Arbeit zur Hebung zu bringen, so daß jeder für das, was ihm der Staat gibt, auch seine Kräfte dem Staate widme.

Die Schonung des Staatsschatzes ist bei allen Institutionen ein selbstverständliches Postulat einer ordentlichen Verwaltung. In Oesterreich schien sie dem Minister des Innern zur besonderen Aufgabe, ohne dabei zu vergessen, daß auch die Rücksicht auf das Los der Staatsdiener mit in Betracht zu ziehen sei. Aus diesem schon wird dem Leser ersichtlich, daß diese Intentionen der Regierung die besten sind, daß allen Wünschen Rechnung getragen wird, und daß vieles bereits in der kurzen Spanne Zeit geschehen, noch vieles aber zu machen sei. In dieser Beziehung darf aber auch die Regierung nicht nur auf die Mithilfe und Unterstützung in der Volksvertretung, sondern von Seite der Reichsbevölkerung rechnen und Anspruch machen.

XV.

Unleugbar ist diese Session des Reichsrathes eine für Oesterreich in allen Beziehungen merkwürdige. Dieses Oesterreich, welches sich immer vergeblich abmühte, aus der Zerfahrenheit seiner inneren Verhältnisse heraus zu einer staatlichen Bildung zu gelangen, die den Interessen und Bedürfnissen seiner Völker und der Würde und Stellung des Reiches nach Außen entsprochen hätte, — es hat endlich die Bahn positiven Schaffens betreten, welches allein nur das Glück und die Wohlfahrt der Völker und Staaten fördern kann. Nach zwanzigjährigem Herumirren und Leiden können wir heute mit stolzem Bewußtsein sagen, daß wir nicht zwecklos arbeiten und nicht befürchten müssen, morgen zertrümmert zu werden. Bedenken wir nur, was wir nach den Tagen von Königgrätz waren! — was wir jetzt sind, und daß wir den Zorn unserer Feinde nicht zu fürchten haben. Wir haben festen Boden unter unseren Füßen; der Schutt, der uns selbst zu begraben drohte, ist zum größten Theile beseitigt, und wir sehen einen staatlichen Organismus in Wirksamkeit, wie Oesterreich einen ähnlichen bisher noch nie gesehen. Dieser Organismus ist in voller Action und die Quellen des Rechtes und der Freiheit ergießen sich fruchtbringend überall hin.

Früher mußten wir unsere besten Kräfte in staatsrechtlichen Kämpfen vergeuden und zerplittern und es blieb uns keine Zeit übrig, die auf allen Gebieten der öffentlichen Thätigkeit dringend gebotenen Reformen durchzuführen. Heute, nachdem wir das Ausgleichswerk geschaffen und unsere Verfassung begründet haben, nachdem wir den uns drückenden Alp des Concordats von uns abgewälzt und uns die Freiheit des Gewissens gesichert haben — konnten wir daran gehen, auf dem Gebiete des Unterrichts, der Justizpflege und der materiellen Interessen die eingreifendsten Reformen durchzuführen und Schäden zu beseitigen, die an unserem Marke zehrten.

An dieser Arbeit, die wir unter der gespanntesten Aufmerksamkeit und unter dem größten Interesse aller gebildeten und für die wahre Freiheit begeisterten Völker begonnen haben, hat — wie wir schon betont haben — der Reichsrath einen hervorragenden und vorwiegenden Antheil. Er hat aber auch seine Pflicht im vollsten Maße erfüllt — seine schwierige Aufgabe zur Befriedigung der Völker gelöst. Mit hingebendem Patriotismus und mit rastlosem Eifer ging er an seine Aufgabe. Er zeigte tiefes Verständnis für die Bedürfnisse des Reiches und seiner Theile und befandete — wie wir noch an andern Stellen darthun werden — eine weise Mäßigung in der Bethätigung seiner Wünsche.

Er stand in seiner Majorität treu zur Regierung, die aus seinem Schoße hervorgegangen, wie denn auch diese Regierung, gestützt von der Weisheit und dem ernstesten Willen des Monarchen, keine höhere Mission kennt, als den berechtigten Wünschen der Völker und ihrer Vertretung gerecht zu werden.

In dieser Harmonie sind die Schöpfungen des Reichsrathes entstanden.

Und überall, auf welches Gebiet des Staatslebens wir blicken mögen, müssen wir anerkennen, daß Oesterreich ein Staat wirklicher Arbeit geworden und sind moralisch gezwungen, diese Arbeit mit vollstem Dank anzunehmen.

Und wenn heute noch gewisse nationale Fraktionen gibt, welche das Geschaffene zu ihrem eigenen Scha-

den verwerthen, so sind wir der festen Ueberzeugung, daß schon die nächste Generation das Gewonnene anders wird zu würdigen und auszubenten wissen, damit das Einzelne wie das Ganze gedeihe und zur vollen Machtentfaltung gelange.

Denn nicht nur auf dem streng staatsrechtlichen und politischen Gebiete ist großes geleistet worden, nicht nur, daß nach langem Herumtappen eine Ordnung im Staate begründet worden: auch auf anderen Gebieten war Ordnung, waren Reformen nöthig, und diese zunächst auf dem Gebiete der Staats- und Volkswirtschaft.

Waren schon die Anbahnungen, die auf dem Gebiete des Grund- und Hypothekarwesens geschaffen wurden, die fernere Befreiung von Grund und Boden, die Begräumung der feudalen Ueberreste, die bedeutende Erschwerung der Bildung zukünftiger Fideicommissen — die Mittel zur Erhöhung der Steuerkraft, so waren das Gesetz, das die Auflösung des Lehenbandes in Steiermark und Salzburg normirt und das Gesetz, welches die bei den Bauerngütern bis jetzt bestandene Erbfolge aufhebt, Maßregeln, welche nach dieser Richtung hin die Grundrente und hiemit zugleich die Grundsteuern erhöhen müssen. Die Aufhebung der Wuchergesetze und der Schuldhafte involviren gleichfalls einen Fortschritt auf dem wirtschaftlichen Gebiete, und von diesem wollen wir demnächst sprechen.

### Directe Reichsrathswahlen

werden in einem Wiener Blatte als eine durch die Verhältnisse dringend gebotene Abhilfe gegen das theilweise zu starker Opposition ausgebeutete Uebergewicht der Landtage empfohlen. Es soll damit auch dem Reichsrathe, welcher bisher mit seinen Mandanten nur durch das Medium der Landtage zusammenhängt, neue unmittelbare Fühlung mit der Bevölkerung verschafft und so das Gewicht und die Bedeutung der centripetalen Kraft, deren Repräsentant der Reichsrath ist, vermehrt werden. Bisher wählen bekanntlich die Landtage nach Curien — Großgrundbesitz, Handelskammer, Städte und Märkte, Landgemeinden — in den Reichsrath. Indem diese Wahlen künftig in die Bevölkerung selbst verlegt werden, wird dadurch an der Verfassung selbst, welche wir stets heilig bewahren müssen, nichts geändert. Denn, da ja der Landtag nicht aus dem Pleno wählt, sondern aus den Curien, so ist er eigentlich in Bezug auf die Wahlen nichts als ein Wahlkörper. Indem er dieses Wahlrecht seinen Mandanten zurückstellt, ändert er auch seine Lage nicht, der Einfluß der Parteien im Lande bleibt derselbe, und sie können denselben innerhalb der constitutionellen Grenzen bei den Wahlen geltend machen. Man sollte daher von dieser Seite wohl keine Einsprache befürchten. Wohl aber würde die Vorname directer Wahlen in den Reichsrath, abgesehen davon, daß sie die Regierung von den Landtagen unabhängiger stellen würde, auch hie und da dem Bedürfnisse der Bevölkerungen entsprechen, welche in den Landtagen nicht immer ihre wahren Interessen vertreten und die Verfassung nur widerwillig anerkannt und gebildet sehen müssen. Wir sind überzeugt, daß die Ausführung dieses Vorschlages in Krain von dem gewichtigsten und echt verfassungsfreundlichen Theile der Bevölkerung mit Freuden begrüßt werden würde und wir schließen uns vollkommen den Schlußworten des Wiener Blattes an, welches sagt:

Wenn auf diese Art das wichtige Princip der Verfassungs-Stabilität gewahrt wird, dann gibt es keine dringlichere Aufgabe, als die Umgestaltung des Reichsrathes vorzunehmen, damit ein Verfassungs-System mit einem mächtigen Mittelpunkte geschaffen werde; dann haben die verfassungsfreundlichen Landtage die dringliche Pflicht, die Umgestaltung durch ihr Votum vorzubereiten. Der Schwerpunkt der parlamentarischen Macht ist das entscheidende, und die Fragen einer Vermehrung der Zahl der Landtags-Abgeordneten u. s. w. sind für Verfassungsfreunde, die sich nicht in feuchtes Phrasentuch wickeln, sehr untergeordneter Natur. Was soll ein halbes Duzend von Landtags-Abgeordneten mehr, wenn der parlamentarische Machtkörper im Centrum in Folge falscher Construction zwischen parlamentarischen Nebenkörpern sich zerreibt? Schafft ein direct gewähltes Parlament und ihr habt den kräftigsten parlamentarischen Organismus hergestellt!



## Adressdebatte in Graz.

Graz, 9. September. (Adressdebatte. — Schluß.)  
Baron Hackelberg findet das Begehren Hermans auf gänzliche Eliminierung der Slovenen von den Deutschen und eine Zweitheilung derselben in Steiermark nicht begründet im Willen des untersteirischen Volkes, das er seit 13 Jahren aus eigener Erfahrung kennt. Gerade das deutsche Element ist es, dem die Slovenen ihre Bildung verdanken, was sie auch einsehen. Es ist kein patriotisches Vorgehen, das Herman eingeschlagen, um Dinge und Wünsche in das slovenische Volk einzutragen, von denen es gar nicht träumt. Mit Entzückung muß die Kostrennung der Slovenen von den Deutschen zurückgewiesen werden, die kein Wunsch des Unterlandes sei. (Beifall.)

Angesichts des gleisnerischen Aufrufes und angesichts der Aufwiegelung der Clericalen, angesichts des Allianzversuches der Ultramontanen mit den Arbeitern, angesichts der gefährlichen Konsequenzen des Nationalitätsprinzips befürwortet Redner auf das wärmste die Adresse. (Beifall.)

Freiherr v. Buol erhält hierauf das Wort und erklärt, daß er und die kirchlich-conservative Partei, der er angehöre, das Gefühl der Dankbarkeit für die Staatsgrundgesetze und confessionellen Gesetze nicht theile.

Vor allem sei es unrecht, der kirchlich-conservativen Partei reactionäre Bestrebungen vorzuwerfen. Absolutistische Tendenzen liegen dieser Partei gänzlich fern. Es gibt aber nicht bloß Einzelmenschen, die absolutistisch gesinnt seien, sondern ganze Cliquen, und das gelte von den jetzt die Oberhand habenden liberalen Cliquen gegenüber der unterdrückten kirchlichen Partei. Friede mit allen Brüdern, wo sie immer in Oesterreich wohnen mögen, sei Lösung seiner Partei. (Links Rufe: Dho!)

Die conservative Partei theile den größtösterreichischen Standpunkt sowohl aus dynastischen Gefühlen, als aus dem Gefühle des Selbsterhaltungstriebes. Die kirchliche Partei sei gleichfalls nicht reactionär, „die römische Kirche sei von jeher von jeder Staatsverfassung unabhängig gewesen.“ Das sei nichts neues. Und nicht im alten Continente, sondern drüben jenseits des Meeres stehe die römisch-katholische Kirche gegenwärtig in üppigster Blüthe. Die kirchliche Partei in Oesterreich sei noch sehr jung, vor 10 Jahren habe dieselbe noch nicht existirt. Der Vater der kirchlichen Partei ist die liberale Partei, diese wird jener immer mehr und mehr zu Macht und Ansehen verhelfen. Das kämpfende Rom hat noch immer gefestigt — siehe Pius VII., der als Besiegter siegreich in den Vatican einzog — während der Besiegte Napoleon anders endete. Vom staatsrechtlichen Standpunkte sei der Dualismus ein Unglück für Oesterreich, durch denselben sei die Integrität des Gesamtreiches gefährdet, das finanzielle Elend heraufbeschworen und seit auf Grund einer Kammermajorität die deutschliberale Partei am Ruder stehe, suche man die Slaven, welche doch die Majorität im Reiche sind, zu unterdrücken und unbrauchbare Staatssysteme werden mit Preß- und Criminalprocessen aufrecht erhalten. Die Kirche und die im Hintergrunde schmolenden Slaven werden immer ernster gegen die dormalen herrschende Majorität Stellung nehmen, sich aber trotzdem nicht zu der anmaßenden Aeußerung versteigen: „die Existenz des Staates hänge von dieser oder jener Verfassung ab!“

Die kirchlich-conservative Partei erblickt das Heil 1. in dem Schutz des Allerhöchsten, 2. in dem Aufblühen des wahren Staatsbürgerbewußtseins und 3. in der angestammten historischen Treue der Völker gegen das Herrscherhaus.

Baron Buol erblickt in einem naturgemäßen, auf historischer Basis ruhenden Föderativsystem mit directer Wahl der Volksvertretung die einzig mögliche Garantie für Oesterreich. Was die confessionellen Gesetze angeht, so könne die kirchliche Partei dieselben deshalb nicht gut heißen, weil sie ein illegaler Eingriff in den Concordatsvertrag seien.

Die „Sechzehner-Adresse“ sei lediglich ein Glaubensbekenntniß und er frage, wer denn eigentlich den Streit angefangen habe? (Gelächter.) Die Clericalen befinden sich nur in der Defensive.

Schließlich erwähnt Baron Buol zweier Fälle aus dem Leben. In dem einen habe ein Bezirksvorsteher in Ober-Steiermark die Adresse eigenmächtig von der Kirchenthüre herabreißen lassen; in dem anderen habe ein Abgeordneter einen Geschäftsmann bewogen, seine Unterschrift auf der Adresse zu streichen, widrigens er mit demselben seine Verbindungen abbreche.

Der Abg. S y z erhebt sich und sagt: Das ist eine Beleidigung! (Heiterkeit.)

Nach Buol erhält der Abg. Ritter v. C a r n e r i das Wort. Er hebt hervor, wie der Episcopatismus, der Feudalismus und der Slavismus Hand in Hand gehen, um dem zu Grabe getragenen Absolutismus wieder zum Leben, wenigstens zu einiger Beweglichkeit zu verhelfen. Als Programm habe sich diese Allianz gesetzt: „Wenn wir nicht die Freiheit genießen können, die wir noch zu erfinden haben, so ziehen wir die Knutenwirtschaft dem jetzigen Systeme vor.“

Es ist wahr, der Absolutismus hat schlecht für Schulen gesorgt, noch schlechter aber besorgt dies Geschäft seit dem Concordate die Geislichkeit. Das kleine

und große Lesebuch der Volksschulen liefern den besten Beweis dafür. Im großen Lesebuche stehe auf Seite 23 wörtlich: „Was ist ein Federmesser? — Ein Messer, das man sorgfältig aufbewahren und mit dem man nicht spielen soll!“ — Auf Seite 29 des großen Lesebuches steht: „Ihr dürft nicht das geringste entwenden. Zudem seid ihr nicht verständig genug!“ — Derlei Dinge beweisen, daß die Schule sehr übel bestellt ist.

Carneri's Rede wurde häufig von Bravos unterbrochen und von der linken Seite des Hauses mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Hierauf sprach Dr. W o s c h n i a k und erging sich in Betrachtungen über die Unterdrückung der Slovenen. Das Octoberdiplom ward da wieder verherrlicht, um so übler kam die Decemberverfassung und der Ausgleich mit Ungarn daran. Die Dualisten, welche mau auf die Anklagebank stellen sollte, weil sie den Ruin des Reiches herbeiführen, werden übrigens, das sei sein Trost, so gute Föderalisten werden, als sie aus Centralisten Dualisten geworden sind.

Als der letzte Redner trat Dr. Graf auf. Er sprach im Namen der Verfassungsparthei und ging namentlich der berüchtigten Sechzehner-Adresse, die zum Ueberflusse vorgelesen wurde, scharf an dem Leib. Er warnte insbesondere die Slovenen vor den gemeinsamen Vorgehen mit dem Clerus und verwies auf die Geschichte, um zu zeigen, wohin die Herrschaft des Clerus führe. Zum Schluß betonte Dr. Graf, daß von Seite der politischen Behörde am flachen Lande wenig geschieht, um das Volk über die neuen Gesetze aufzuklären, und meint, daß diese seine Rede sicherlich an geeignetem Orte — am Regierungstische sitzt der Statthalter Baron M e c s e r y — ein geneigtes Ohr finden wird.

Um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr wird die Sitzung geschlossen. Die Fortsetzung der Adressdebatte findet Donnerstag (10. September) statt.

## Nur Kriegs- und Friedensfrage

ist folgende Berliner Mittheilung der „Corr. du Nord-Est“ von Interesse: „Preußen fürchtet den Krieg und fängt doch an, zu glauben, daß derselbe unvermeidlich sei. Es sucht Allianzen und begegnet überall Weigerungen. Man hat oft gesagt, daß am Hofe von Berlin es eine Friedens- und eine Kriegspartei gebe, und man hat sich nicht getäuscht. Der König und einige Personen seiner Umgebung erklären sich gegen einen Krieg mit Frankreich; man will nicht neuerdings den Wechselfällen des Schlachtfeldes sich aussetzen und ist bemüht, eine Herausforderung und eine jede Verletzung der Verträge von 1866 zu vermeiden; man will sich Oesterreich nähern, um Frankreich zu isoliren, in der Voraussetzung, daß dieses, sich ohne Verbündete sehend, keinen Krieg führen werde. Dies ist die Meinung der conservativen Partei, allein jene des Grafen Bismarck und seiner Freunde ist eine ganz andere. Der Graf hält den Krieg für unvermeidlich und glaubt sogar, daß er im Interesse von Preußen nothwendig sei; nach ihm wäre es nur möglich durch einen Krieg, die preussische Herrschaft auch über Süddeutschland auszudehnen; wenn es nach ihm ginge, so würde Baden sofort in den norddeutschen Bund einverleibt und die Festung Rastatt durch preussische Truppen besetzt werden. Mit einem Worte; er würde Frankreich herausfordern. Er sieht, daß in Süddeutschland die Idee immer mehr Wurzel faßt, die süddeutschen Staaten wären nicht durch die Defensiv- und Offensivbündnisse gebunden, die in illegaler Weise aufgenöthigt sind. Auf der anderen Seite stellt Oesterreich seine Kräfte wieder her und sein Ansehen wächst sichtbar, was in der Meinung des Grafen Bismarck eine wahrhafte Gefahr für Preußen in sich faßt. Die officiösen Blätter mögen immer behaupten, daß Oesterreich im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich sich neutral verhalten werde; die dem Grafen Bismarck nahestehenden, sprechen eine ganz andere Meinung aus. Oesterreich, sagen sie, hat in der That ein Interesse daran, den Frieden zu erhalten, um dann mit um so größerer Kraft dazwischentreten zu können. Ist aber dieser Augenblick einmal gekommen; dann ist es unmöglich, zu glauben, daß Oesterreich zu Gunsten Preußens handeln werde. Preußen gewinne somit nichts durch Zaudereien, es verschlimmere vielmehr seine finanzielle und ökonomische Lage, und darum glaubt Graf Bismarck, die Vermeidung eines Zusammenstoßes, wenn dieser einmal nothwendig, gereiche Preußen nicht zum Vortheil. Diese Meinungsverschiedenheit zwischen den Friedensabsichten des Königs und den kriegerischen Velleititäten des Grafen Bismarck sei zum Theil die Ursache, daß der Graf noch immer in seiner Einsamkeit von Barz zurückkehren, wenn er mit der Bundeskanzlei und der Würde eines Präsidenten des preussischen Cabinets nach wie vor das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten behielte, aber der König will es ihm entziehen, weil er fürchtet, Graf Bismarck könnte ihn abermals gegen seinen Willen in einen Krieg verwickeln. Man ist begierig, zu wissen, ob der König sich endlich den Wünschen des Grafen Bismarck fügen werde; das Ansehen dieses Ministers steigt in dem Maße, als der Krieg unvermeidlich erscheint. Der Entschluß, welcher in dieser Frage gefaßt werden soll, wird wahrscheinlich einen großen Einfluß auf die weitere Politik von Preußen ausüben.“

## Oesterreich.

Wien, 11. September. (Die Adelpartei.) Heutige Blätter bringen das Programm der Adelpartei unter Leitung des Abg. Krzeczunowicz. Das Programm verlangt als Erforderniß der Landesautonomie eine gemeinsame Behandlung nur jener Angelegenheiten, welche das gemeinsame Herrscherhaus, das Macht- und Sicherheitsbedürfniß der Monarchie oder das Reichs- und Landesbedürfniß als solche stempeln. Diese Angelegenheiten werden in zehn Punkten aufgezählt. Das Programm verlangt weiter einen obersten Gerichtshof, eine oberste Verwaltungsbehörde im Lande und einen Minister zur Seite des Monarchen.

## Ausland.

Paris, 11. September. (Die Königin von England) hat sich heute Morgens in Cherbourg eingeschifft. Der Kaiser und der kaiserliche Prinz haben heute Morgens das Lager von Chalons verlassen und sind um 2 Uhr in Fontainebleau eingetroffen.

— (Friedliches aus Chalons.) Die diplomatisch inspirirte „Franz. Corr.“ schreibt: „Wie man sich denken kann, hat die Generalität in Chalons dem Kaiser Napoleon mit Kriegsplanen aller Art in den Ohren gelegen, und es begreift sich nicht minder, daß der Geist der Armee, welche seit zwei Jahren ununterbrochen auf dem Qui vive! gehalten wird, nachgerade immer ungeduldiger geworden ist. Im Lager stets zugänglicher als anderwärts, mag denn der Kaiser mehr als einen deutlichen Beweis dieser Ungeduld erhalten haben. Allein es ist möglich, daß diese Eindrücke ihn eher bestimmen, einen neuen, entscheidenden Schritt in friedlicher Richtung zu thun. Selbst wenn er von der Ueberlegenheit und Unüberwindlichkeit seiner Armee ebenso überzeugt wäre, wie seine Generale, so weiß er besser, als diese, daß er einen Krieg nicht vom Zaune brechen kann, ohne sich vor der öffentlichen Meinung des Landes und vor dem neutralen Europa ins Unrecht zu setzen. Der Augenblick von Sadowa kommt eben nicht wieder, und alle Berichte von jenseits des Rheins stimmen darin überein, daß Preußen in seiner Politik gegenüber den süddeutschen Staaten sich auf das Sorgfältigste von jeder, eine fremde Einmischung herausfordernden Initiative fernhält. Je mehr unter diesen ungünstigen Umständen die Armee zur Action treibt, um so näher muß sich dem Kaiser der Wunsch legen, eine ernstliche und dauernde Verständigung mit dem deutschen Nachbar anzubahnen, um dann nicht bloß durch Worte, sondern auch durch die That, d. i. durch eine ausgiebige Abrüstung in die Bahn des Friedens einzulenken. Wir hören von einer vertrauenswerthen Seite, daß die Ideen des Kaisers bereits diese Richtung nahmen, ehe er nach Chalons abging; es wird sich jetzt zeigen müssen, ob die Beobachtungen, die er in der Armee anstellte, ihn in seiner Friedensliebe gehindert oder bestärkt haben.“

London, 12. September. Die „Ball Mall Gazette“ meldet: Graf Apponyi werde den Gesandtschaftsposten in Rom und Graf Karolyi den Gesandtschaftsposten in London erhalten.

Belgrad, 12. September. (Insurgentenbanden.) Russischer Nachrichten zufolge zeigten sich bei Kompanka und bei Nicopolo zwei bulgarische Insurgentenbanden, von welchen die erstere 300 Mann und die andere 250 Mann stark ist.

Levantepost. Athen, 5. September. Bei der Taufe des Kronprinzen haben große Feste stattgefunden. Die Nachricht von der Verhaftung Komunduros ist unbegründet; derselbe begab sich auf seine Besitzung bei Calamata. Auf der Insel Skyros ist ein berüchtigter Seeräuber verhaftet worden. Oberst Bizantios wurde zum Obercommandanten der griechischen Nationalgarde ernannt. Die provisorische Regierung der Insel Kreta beglückwünschte den König zu der Geburt des Kronprinzen. Der Schnelldampfer „Enosis“ brachte Proviant und 150 Freiwillige nach Kreta. Die kretensischen Flüchtlinge brachten dem Admiral Farragut eine enthusiastische Ovation dar. Der Admiral drückte seine Sympathie für die kretische Sache aus. — Constantinopel, 4. September. Eine griechische Deputation wollte dem Admiral Farragut eine Adresse zu Gunsten Kretas übergeben; der Admiral sandte die Deputation zurück. Drei Mitglieder der Deputation wurden verhaftet. Es wird eine Stempelsteuer auf die in der Türkei erscheinenden Blätter beabsichtigt.

Ueberlandpost mit Nachrichten aus Calcutta vom 13. August und aus Bombay vom 18. August. Zwischen Bokhara und Rußland wurde ein Vertrag abgeschlossen. Ersteres zahlt einen jährlichen Tribut und gestattet die Errichtung von Cantonirungen in Kermineh, Charjni und Karschi. Die Hauptstadt des Khanats bleibt unbelästigt und Samarland wird geräumt, falls der Khan vertragstreu bleibt. Die Russen sollen in Rezzar gelagert sein und von Khodzend zehn Regimenter Verstärkung erhalten haben. Auch Serdar Abdurahman Khan soll mit ihnen unterhandeln. Derselbe steht in Balkh und Yakus Khan 20 Meilen von Kabul. Feroze Schah sammelt Mannschaft, Waffen und Munition.



## Krainischer Landtag.

11. Sitzung.

Laibach, 14. September.

Die Sitzung wird um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr eröffnet.

Anwesend von Seite der k. k. Regierung der Herr k. k. Landespräsident Conrad v. Eybessfeld und der Herr k. k. Regierungsrath Roth.

Der Schriftführer Rudesch verliest das Protokoll der letzten Sitzung.

Der Vorsitzende theilt mit, daß der Ausschuss für die Findelanstalt sich constituirt und den Herrn Dr. Bleiweis zum Obmann gewählt hat.

Mehrere Petitionen werden dem Petitionsausschuss zugewiesen, und sofort zur Tagesordnung übergegangen.

1. Abg. Costa referirt über den Wahlact der Städte Rudolfswerth, Gurkfeld, Mötling, Tschernembl, Landstraß und Weizelburg. Der Landesausschuss beantragt, den Wahlact einem aus dem Hause zu bestellenden Ausschuss zur Prüfung und Antragstellung zuzuwiesen.

Dieser Antrag wird angenommen und in den Ausschuss gewählt die Herren Abgg. Kromer, Tavčar, Svetec, Dr. Kaltenegger, Dr. Toman.

2. Abg. Deschmann referirt namens des Finanzausschusses über die Pauschalirung der Amts- und Kanzleierfordernisse für die landschaftlichen Aemter und Anstalten. Der Antrag lautet:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Zur Deckung der in den Rubriken 3 und 4 des Landesausschussesberichtes verzeichneten Pauschalien und zur klaglosen Beschaffung oder Bestreitung der sämmtlichen in den Rubriken 5 bis inclusive 10 speciell besprochenen Amts- und Kanzleierfordernisse werden bis auf weitere Verfügung:

- a) dem Vorsteher des Ausschussbürosamtes für 11 Localitäten das Jahrespauschale von 950 fl.,
- b) dem Vorsteher der Landesbuchhaltung für 5 Localitäten das Pauschale jährlicher 400 fl.,
- c) dem Vorsteher der Landescasse für 2 Localitäten das Jahrespauschale von 250 fl.,
- d) dem Verwalter der Landeswohlthätigkeits-Anstalten für 5 Localitäten das Pauschale jährlicher 120 fl., nebstbei jährlich 70 Pfd. Apello- oder Millyherzen und 20 Klafter 24zölligen Buchenbrennholzes in natura,
- e) dem Verwalter des Zwangsarbeitshauses für 3 Localitäten das Jahrespauschale von 140 fl. ö. W.,

2. und werde die Flüssigmachung aller dieser Pauschalien in vierteljährigen Vorausraten bewilliget.

3. Die in der 4. und 5. Rubrik verzeichneten Kanzlei- und Lichtpauschalien sind aus obigen Pauschalbeträgen den Bezugsberechtigten in quali et quanto ihres bisherigen Bezuges auszufolgen oder beizuschaffen.

Der Antrag wird angenommen:

3. Abg. Svetec begründet den nachfolgenden Antrag:

Slavni deželni zbor naj sklene:

§ 45 opravilnega reda naj se tako-le glasi:

Jedem Landtagsabgeordneten steht das Recht zu, durch Fragen an die Landesregierung, an den Landeshauptmann und an die Obmänner der Ausschüsse einen in den Wirkungsbereich des Landtag gehörigen, nicht an der Tagesordnung stehenden Gegenstand zur Sprache zu bringen.

Interpellationen an die Regierung sind dem Vorsitzenden schriftlich, mit fünf Unterschriften versehen zu überreichen, werden sofort in der Sitzung vorgelesen, und dem Regierungsrepräsentanten mitgetheilt.

In keinem Falle darf eine bereits begonnene Verhandlung mit einer Interpellation unterbrochen werden.

Auf Interpellationen an die Regierung kann die Antwort sogleich gegeben, für eine spätere Sitzung zugesichert, oder mit Angabe der Gründe die Beantwortung abgelehnt werden.

Ob an die Beantwortung der Interpellation oder deren Ablehnung, sich eine sofortige Besprechung des Gegenstandes derselben anschließen darf, entscheidet das Haus über einen darauf gestellten Antrag ohne vorausgehende Debatte.

Die Stellung eines Antrages bei dieser Besprechung ist unzulässig. Es bleibt aber jedem Mitgliede des Hauses überlassen, den Gegenstand in Form eines Antrages weiter zu verfolgen.

Svetec m. p., Dr. Costa m. p., Graf Barbo m. p., Dr. Breuc m. p., Leopold Jugovic m. p., Lovro Pintar m. p., Ivan Toman m. p., Martin Kramarič m. p., Treo m. p., Dr. Bleiweis m. p., M. Koren m. p., Peter Kosler m. p., R. v. Gariboldi m. p., Anton Kos m. p., Jois m. p., M. Tavčar m. p.

Abg. Svetec begründet den vorstehenden Antrag, indem er als seinen Zweck die Erweiterung der Rechte des Landtages hinsichtlich der Interpellationen bezeichnet. Bisher war die Debatte über Interpellationen untersagt. Die bezüglichen Beantwortungen waren oft ungenügend, entweder auf falsche Prämissen gestützt oder der Fragestellung nicht entsprechend. Für solche Fälle soll künftighin eine Besprechung statthaft sein. Diese Bestimmung ist nichts Neues, sondern wörtlich der Geschäftsordnung für den Reichsrath entlehnt, welche eben neuer in diesem Sinne modificirt wurde. Schließlich

beantragt Abg. Svetec, diesen Antrag dem bestehenden Ausschuss für die Landtagswahlordnung zuzuwiesen.

Der Herr k. k. Landespräsident ergreift das Wort, um aufmerksam zu machen, daß durch die Stillirung der vierten Alinea des Antrages das Bestimmungsrecht der Regierung bezüglich der Form der Beantwortung von Interpellationen normirt erscheinen würde, daher er es dem Landtage anheimstellen müsse, zu erwägen, ob eine Bestimmung, die nicht anders denn als eine Normirung der Facultät des Regierungsvertreters in der Beantwortung von Interpellationen aufgefaßt werden kann, nicht entsprechend abgeändert werden und ob sie überhaupt einen Gegenstand dieser Berathung und der Geschäftsordnung des Landtages bilden könne, womit übrigens gegen den Inhalt des Antrages an und für sich selbst nichts eingewendet werden wolle.

Der Vorsitzende bemerkt, daß er, nachdem es sich gegenwärtig lediglich um die Zuweisung des Antrages an einen Ausschuss handelt, daher eine weitere Debatte noch nicht platzgreife, den Gegenstand auf eine der nächsten Tagesordnungen setzen werde.

Der Antrag Svetec auf Zuweisung an den Landtagswahlordnungsausschuss wird sofort angenommen.

Es kommen nun die vorliegenden Petitionen zur Verhandlung.

4) Dr. Toman referirt über die Gesuche: a) der Gemeinden des früheren Gerichtsbezirkes Senofetsch; b) der Gemeinde Präwald; c) der Gemeinde Landstraß und der übrigen Gemeinden des früheren gleichnamigen Gerichtsbezirkes — um Zurückverlegung des Gerichtssitzes und Steueramtes nach Senofetsch und respective Landstraß.

Dr. Toman stellt im Namen des Petitionsausschusses nach vorheriger Begründung durch die örtlichen Verhältnisse den Antrag: a) der Landtag erkenne die Wiedererrichtung der Gerichts- und Steuerbezirke Senofetsch und Landstraß als unumgänglich notwendig, was jedoch das Einschreiten der Gemeinde Präwald um Verlegung des Gerichtssitzes in diese Ortschaft betreffe, so möge eine Commission hierüber entscheiden; ferner mögen die Wünsche einiger Gemeinden des früheren Bezirkes Landstraß betreffs Zuteilung zum Gurkfelder Gerichtsprengel berücksichtigt werden; b) der Landtag möge um Wiederherstellung der gedachten Gerichts- und Steuerbezirke beim k. k. Justizministerium einschreiten; c) der Landtag möge dem Landesausschuss auftragen, dieses Einschreiten zu veranlassen und im Wege der k. k. Landesregierung an das hohe k. k. Justizministerium gelangen zu lassen.

Dieser Antrag wird, nachdem Abg. Zagorc für unbedingte Wiederherstellung des Landstraßer Gerichtsprengels gesprochen — in der Fassung des Landesausschusses angenommen und in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

5. Abg. Svetec referirt über die Petition des Schullehrers Locker von Morobiz um Ergänzung seines Gehaltes durch die Gemeinden Morobiz und Tiefenbach; wird nach dem Antrage der k. k. Landesregierung, als in das Bereich der Executive gehörig, abgetreten.

6. Abg. Svetec referirt über das Ansuchen der Gemeinden von Gottschee um einige Abänderungen des Hausirpatentes vom 3. September 1852. Diese Abänderungen betreffen theils a) die Legislative, theils b) die Executive. Zu den ersteren gehört die Bestimmung des § 3 lit. b des Hausirpatentes, wornach der um einen Hausirpaß Ansuchende 30 Jahre alt sein muß und der Hausirpaß nicht unter einem Jahr Dauer ausgefertigt werden kann. Zu den letzteren gehört die Forderung, daß von der Ausstellung von Sittenzeugnissen abgegangen, ein Hausirpaß auch auf 6 Monate und nur gegen einmaliges jährliches Visiren, ausgefertigt, daher auch nur die halbe Gebühr entrichtet und der nicht mehr in Gültigkeit stehende § 16 des Patent amtllich aus den Hausirbüchern gestrichen werde.

Ad a) insoweit nämlich die Abänderungen in das Bereich der Legislative einschlagen, möge der Landesausschuss angewiesen werden, sich an die Regierung zu verwenden, damit dieselbe den Gegenstand als Vorlage vor den Reichsrath bringe; ad b) möge die Regierung ersucht werden, die nöthigen Weisungen an die k. k. Bezirkshauptmannschaften zu erlassen.

Uebrigens spricht der Antragsteller seine Meinung dahin aus, die beschränkenden Bestimmungen bezüglich der Erwerbung eines Hausirbefugnisses wären mit Rücksicht auf die seither eingeführte Gewerbefreiheit, welche die Gleichstellung des Hausirers mit jedem andern Gewerbsmann fordern, aufzuheben.

Die Sittenzeugnisse insbesondere stellen sich als überflüssig dar, auch wälte kein Anstand ob, die Hausirbewilligung auf 6 Monate statt auf 1 Jahr zu erteilen.

In der Specialdebatte bemerkt Abg. Kromer, es wäre gefährlich, im Reichsrathe am Hausirpatent zu rütteln, es könnte zusammenstürzen, Hausirhandel und volle Gewerbefreiheit vertragen sich nicht, schon sei die Aufhebung des Hausirhandels beantragt gewesen. Er wäre daher für Unterlassung der Verwendung an den Reichsrath.

Nachdem der Antragsteller die Hoffnung ausgesprochen, die Landesregierung werde den Gegenstand in

einer für das Land vortheilhaften Weise erledigen, wird der Ausschussantrag angenommen.

7. und 8. Die Petitionen der Gemeinden St. Martin und St. Veit um Bewilligung und resp. Verlegung von Fahrwegen werden der k. k. Landesregierung als in Bereich der Executive gehörig abgetreten.

9. Das Ansuchen des Unterstützungsvereins der Studirenden des philosophischen Faches an der Wiener Universität um eine Unterstützung aus dem Landesfonde wird über Antrag des Referenten Kaltenegger aus den bereits in früherer Session geltend gemachten Gründen abgewiesen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bestimmt die nächste auf Mittwoch den 16. December mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Landesausschusses über das Zwangsarbeitshaus, betreffend das Gesetz über Anhaltung gemeinschädlicher Personen in Zwangsarbeitsanstalten. 2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des Krankenhauses und Findelhausfondes pro 1868/9. 3. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des ständischen Fondes für die Jahre 1868—69. Ende der Sitzung um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser haben den durch Feuer verunglückten Bewohnern der Marktgemeinde Lebnitz in Böhmen eine Unterstützung von 500 fl. allergnädigst zu bewilligen gerubt.

— Se. Majestät der Kaiser haben den durch Feuer verunglückten Bewohnern der Gemeinde Oberndorf zur augenblicklichen Linderung ihrer Noth eine Unterstützung von 200 Gulden allergnädigst zu spenden gerubt.

— Se. Majestät der Kaiser haben der reformirten Fülliallirchengemeinde zu Becse im Bephrimer Comitatzur Herstellung ihrer Schulen 200 fl. allergnädigst anzuweisen gerubt.

— (Die hundertste Ministerrathsitzung.) Vorigen Montag Nachmittags hat, wie die „Presse“ berichtet, kurz nach Beendigung einer Ministerrathsitzung und einige Stunden vor Abreise der Minister nach Prag in den Salons des Minister-Präsidenten-Stellvertreters Taaffe ein interessantes Minister-Diner stattgefunden. Dasselbe hatte den Charakter eines Miniatur-Jubiläums und wurde gegeben aus Anlaß der Feier der „hundertsten Ministerrathsitzung“, welche die gegenwärtigen Minister seit Eröffnung ihrer Amtsbüro abgehalten. Gäste waren zu derselben nicht zugezogen, wenn Herr v. Beust, dem der Ehrensitz an der Tafel eingeräumt worden, nicht als solcher gelten soll.

— (Banknotenjäher.) In Stadt Steyer wurde ein Bildbauer, welcher bereits im Jahre 1854 vom Landesgerichte in Linz wegen Anfertigung von Münzscheinen à 10 Kreuzer mit dreijährigem Kerker bestraft worden war, neuerdings als Erzeuger falscher Staatsnoten à 1 Gulden und ein siebenzehnjähriger Bursche als Herausgeber derselben eruiert und festgenommen. Bei der gerichtlichen Wohnungsdurchsuchung wurden die Presse sammt den erforderlichen Platten und Präparaten, dann mehrere ganz und halb verfertigte Banknoten aufgefunden.

— (Petroleumbrand.) Unter dem 12. d. M. wird aus Osen gemeldet: Das große 6000 Centner fassende gemauerte Reservoir der Petroleum-Raffinerie-Actiengesellschaft brennt seit 3 Uhr Nachmittags. An Löschen ist nicht zu denken, man bemüht sich, die fünf nebenan liegenden Reservoirs zu schützen, da deren Entzündung jeden Augenblick befürchtet wird. Der Schaden ist ungeheuer. Drei Menschen sind verunglückt.

— (Räuber verfolgung im Temeser Comitatz.) Seit einigen Tagen, berichtet die „Tem. Jtg.“, werden fortwährende Streifungen zur Habstaffierung jener Räuberbande vorgenommen, welche die Bevölkerung der ganzen Gegend in steter Aufregung und Furcht erhält. Unter Leitung des Oberstleutnants durchsuchen Soldaten und Sicherheitswachen die Wälder und Kukurufelder, kurz all' jene Orte, welche zu Schlupfwinkeln und Verstecken geeignet sind. Am Abend des 6. d. M. wurde zwischen Fereghaza, Sibis, Blumenthal und Scepany eine aus fünf Mann bestehende, in dunkle Anzüge gekleidete Räuberabtheilung erfaßt und sogleich Jagd auf dieselbe gemacht. Drei der Räuber warfen sich auf die im Kukurufelde bereitstehenden Pferde und jagten der Pusta Simonytornya zu, von wo sie das nabeliegende Gebölz zu erreichen strebten, die zwei anderen waren urplötzlich verschwunden, ohne daß man bemerkt hätte, wohin sie sich gewendet. Die Soldaten in kleinen Abtheilungen, theils zu Wagen, theils zu Fuße, folgten ihrem Führer, der mit dem Sicherheitscommissär Szanto aufs eifrigste bemüht war, sich den fliehenden Räubern auf Schußweite zu nahen. Leider gelang ihnen dies in dem sehr coupirten Terrain nicht. In der Hitze der Verfolgung fanden sie den Räubern einige wohlgeleitete, doch fruchtlose Schüsse nach, während eine andere Abtheilung Militär bemüht war, die zwei verschwundenen Räuber zu entdecken. Als in den umliegenden Gemeinden das Schießen gehört wurde, eilten die Bauern mit eisernen Gabeln, verrosteten Flinten und Pistolen bewaffnet herbei und schossen, ohne sich um die früher getroffenen Dispositionen zu kümmern, wie toll in die Kukurufelder. Dieser unzeitige Eifer wirkte nicht nur hemmend auf die Soldaten und Sicherheitsorgane, sondern bot auch Veranlassung zu einer traurigen Katastrophe, indem der Römäne Pavel Jovi aus Sibis von einer Kugel getroffen todt niederfiel.



(Pferdeeisenbahn in Triest und Umge-
bung.) Der in Pest wohnhafte Unternehmer Carl Deutsch
hat beim k. k. Handelsministerium um die Bewilligung zu
den Vorarbeiten, eventuell die definitive Concession für eine
Pferdeeisenbahn im Weichbilde der Stadt Triest und nach
Erforderniß auch in deren Umgebung angeführt.

(Ein Heirathsantrag.) In einem süddeut-
schen Blatte finden wir folgenden „Heirathsantrag“: Ein
Mann von 36 Jahren, körperlich wohlgeformt, geistig wohl-
gebildet, heiteren Humors, lebenslustig, im Besitze einer
Rente von 25.000 fl. aus Grundbesitz, wünscht, nachdem
er zehn Jahre lang alle Länder der Welt bereist hat, ein
eigenes Hauswesen zu gründen und sich deshalb mit einer
Gattin zu versehen. Dieselbe muß körperlich wohlgeformt
und abgerundet sein, ein ovales Gesicht besitzen, welches
durch Stirne, Nase, Lippen und Kinn in drei gleiche Theile
getheilt ist, die Nase darf nicht wagrecht im Gesichte liegen,
sondern muß womöglich mit der Stirne eine Linie bilden
und darf nicht nach Innen, sondern muß nach Außen ge-
bogen sein. Falsche Zähne oder Haare werden nicht ange-
nommen. Ist sie noch sehr jung, so werden keine Ansprüche
auf vollendete Bildung gemacht. Hat sie 20 passirt, so
muß sie einer feinen Gesellschaft mit Geist und Gewandtheit
präsidiren und mit jeder Dame der Stadt in jeder
Beziehung concurriren können. Vermögen darf sie gar kei-
nes besitzen. Museums- oder andere Bälle darf sie nicht
besucht haben. Theater und Concerte müssen ihr ein Gräuel
sein. Sie muß richtig Deutsch und Französisch sprechen,
das letztere ohne deutschen Accent. Als künftige Hausfrau
erhält sie für ihre Person 5000 Gulden Nadelgeld, die
nöthige Dienerschaft, eine eigene Equipage, ein Reitpferd
und eigene Wohnzimmern im Hause. Jedes Jahr eine grö-
ßere Reise mit Gefolge und Winteraufenthalt in den Haupt-
städten Süddeutschlands. Der Zukünftige ist auf diesen ge-
wöhnlichen und ungewöhnlichen Weg angewiesen, weil er sich
zur Hervorbringung jener Thaten nicht entschließen kann,
womit Damenbelauschungen gewöhnlich angeknüpft werden
müssen.

(Aus Belgrad) verkündet ein Telegramm:
Der Erzherzog Alexander Karageorgievic wurde wegen Con-
frontation mit den hiesigen Angeklagten nach Semlin ge-
bracht; die Schlussverhandlung gegen ihn und seine Mit-
schuldigen steht demnächst bevor; die hiesigen Angeklagten
werden ebenfalls demnächst abgeurtheilt werden; die „Srbke
Novine“ schreiben, daß dann der Belagerungszustand aufge-
hoben werden wird.

(Erdbeben.) In Peru und Ecuador fanden
zwischen dem 13. und 16. August mehrere bedeutende
Erdbeben statt, wodurch viele Städte völlig zerstört wur-
den. Es kamen hierbei gegen zwanzigtausend Men-
schen um's Leben.

Locales.

(Am hiesigen Gymnasium) beginnt das
Schuljahr am 1. October. Die Aufnahme-Prüfung für
die erste Classe findet am 30. September um acht Uhr
früh statt. — Auch an der Realschule beginnt das Schul-
jahr am 1. October.

(Selbstmord.) Ueber den auch von uns ge-
stern gemeldeten Selbstmord schreibt das Laib. Tgbl.: Der
dreizehnjährige Lehrling des Schustermeisters Thuma, Na-
mens Johann Michruz, hat sich am verflossenen Samstag
gegen 2 Uhr Nachmittags aus der Schusterwerkstätte ent-
fernt. Gegen halb 4 Uhr kam zufällig ein Gewerksmann,
der in dem nämlichen Hause seine Werkstatt hat, in dessen
Kammer und fand hier zu seinem Entsetzen den genannten
Knaben an einem kaum 3 bis 4 Schuh hoch vom Boden
angebrachten kleinen eisernen Haken mittelst eines Sacktuches
aufgehängt. Die schleunigst beigeordnete ärztliche Hilfe konnte
den Knaben nicht mehr zum Leben erwecken. Ueber die
Motive dieser That konnte weder der Lehrmeister, noch der
am Bahnhof bedienstete Vater des Selbstmörders, welche
beide den letztern als einen ruhigen Knaben schilderten, eine
Auskunft geben. Vielleicht wird die Section durch Konstatirung
eines krankhaften Geistes- oder Gemüthszustandes
hierüber eine Aufklärung verschaffen. Auffallend ist es je-
denfalls, daß die That gelang, ungeachtet der Haken, auf
welchem sich der Knabe aufgehängt hat, in solcher geringen

Höhe angebracht ist, daß letzterer nicht nur mit den Füßen
den Boden erreichen konnte, sondern dieselben vielmehr aus-
strecken oder einziehen mußte, um den Selbstmord zu voll-
führen.

(Im Bade Krupina-Töplitz) sind vom
1. bis 8. September 95 Curgäste und Fremde eingetroffen;
im Ganzen seit Eröffnung der Saison 1870.

(Schlußverhandlungen) beim k. k. Landes-
gerichte Laibach. Am 16. September: Gregor Djenar und
6 Genossen: Diebstahl. — Am 17. September: Valentin
Celar: Diebstahl. — Am 18. September: Lorenz und An-
dreas Svete: Diebstahl; Johann und Jakob Malouc: Schwere
körperliche Verwundung.

Aus den Landtagen.

Salzburg, 12. September. Der Ausschußan-
trag betreffs der Gerichtsorganisation wird von ver-
schiedenen Rednern befürwortet. Hierbei wird betont,
daß die Regierung bezüglich der Wiederherstellung der
fünf aufgelassenen Bezirksgerichte den berechtigten Wün-
schen der Bevölkerung endlich Rechnung tragen werde.
Abgeordneter Viehl führt insbesondere als Grund
für die Reactivirung derselben an, daß es ein Gebot der
Politik für die Staatsregierung sei, zur Durchführung
der neuen freisinnigen Grundgesetze ihre Organe im
Lande möglichst zu verbreiten.

Junzbrunn, 12. September. Die Rechnungs-
abschlüsse der landschaftlichen Fonds pro 1866 wurden
genehmigt.

Klagenfurt, 12. September. Die Gesetzent-
würfe, wodurch die Bestimmungen der Landtags-Wahl-
ordnung über die Ausschließung von dem Wahlrechte
und der Wählbarkeit zum Landtage abgeändert werden,
sowie die Gesetzentwürfe betreffs Aenderung des Para-
graphen 6 der Gemeindeordnung für Kärnten und be-
treffs der Freiheit des Verkehrs mit Grund und Boden
werden mit einigen unwesentlichen Aenderungen nach den
Regierungsvorlagen angenommen.

Graz, den 12. September. Nach Begründung
des Antrages Brandstetter auf Gestattung der im-
perativen Zusammenlegung von Gemeinden und erfolg-
ter Zuweisung des Antrages an einen Ausschuß werden
mehrere Theile des Präliminars- und Rechenschaftsbe-
richtes erledigt.

Troppan, 12. September. Der Rechnungsab-
schluß sämmtlicher Fonds pro 1866 wird unter Geneh-
migung der Ueberschreitung mit voller Befriedigung
zur Kenntniß genommen.

Lemberg, 12. September. Im Landtag wird
der Gesetzentwurf über die polnische Vortragsprache
an den Universitäten zu Lemberg und Krakau nach
einer langwierigen und erregten Debatte angenommen,
die sich zwischen den Polen und Ruthenen entsponnen
hatte.

Neueste Post.

Pest, 13. September. Dem „Hazarat“ wird aus
Siebenbürgen Folgendes telegraphirt: Die moldauische
Regierung hat ein Stück unserer östlichen Grenze,
eine Ziegenalpe, welche das Eigenthum der Stadt Kezdi
Basarhely ist, occupirt und erbaute daselbst ein Wacht-
haus, welches sie mit einer Militärwache besetzte. Einige
unserer jungen Leute begaben sich freiwillig dahin,
entwaffneten die Wachen, verbrannten das Wacht-
haus und geleiteten die Wachen über die Grenze, wo sie ihnen
die Waffen zurückgaben und sie unbehelligt fortziehen
ließen.

Paris, 13. September. Der „Abend-Moniteur“
schreibt: Als der Kaiser Freitag das Lager von Cha-
lons verließ, gab er den Befehl, daß ihm bei seiner
Abreise keine militärischen Ehren gezeigt werden sollen.
In Folge dessen waren die Truppen nicht unter die
Waffen getreten. Nur die Generale und Corpsschefs be-
gleiteten den Kaiser zu Pferde bis zum Bahnhofe. Als
die Soldaten den kaiserlichen Zug bemerkten, liefen sie
herbei, um nochmals den Kaiser und dessen Sohn mit
ihren wärmsten Acclamationen zu begrüßen.

Paris, 14. September. (Tr. Ztg.) Der „Eten-

dard“ schreibt: Der Kaiser sagte zu den ihn begleiten-
den Generalen, er beschränke sich darauf, ihnen für ihren
Eifer und ihre Ergebenheit seine Zufriedenheit zu bezei-
gen. Er sage ihnen nichts, damit nicht die Journale
aus seinen Worten, so gemäthigt sie auch wären, Kriegs-
voraussetzungen folgern. Die kaiserliche Familie ist heute
nach Biarritz abgereist.

Telegraphische Wechselcourse

vom 14. September.
5perc. Metalliques 57.70. — 5perc. Metalliques mit Mai- und
November-Zinsen 57.90. — 5perc. National-Anlehen 61.80. — 1860er
Staatsanlehen 82.70. — Bankactien 716. — Creditactien 208.80.
London 115.55. — Silber 113 15. — K. k. Ducaten 5.50.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Zur ostasiatischen Expedition. Die commercieellen
Berichterstatter für die ostasiatische Expedition sind bereits er-
nannt. Von den an die verschiedenen Handelskammern und ge-
werblichen Vereine eingelangten Gesuchen sind zwölf befürwortet
an das Handelsministerium geleitet worden und zwar fünf von
der Wiener, je zwei von der Prager und Triester und je ein Gesuch
von der Leobener und Olmützer Handelskammer. Das Handels-
ministerium hat nun auf Grund der erstatteten Vorschläge die
Berichterstatter ernannt, und zwar, für Metallindustrie Hermann
Hardt in Wien, für Web- und Wirkwaren A. v. Scala in
Wien, für Kurzwaren Victor Schönberger in Prag, für Roh-
producte, Hilfsstoffe für Fabrication und Chemicalien M. Schmut-
ter in Wiener-Neustadt, für Seidenzeugnisse und landwirth-
schaftliche Interessen Dr. Pyrski in Triest. Außerdem wurden
von Seite des k. ungarischen Handelsministeriums für Wein und
Mahlproducte Julius v. Szekacs, für Bank- und Affecuranz-
wesen Emanuel Cerey und für allgemeine volkswirthschaftliche
Interessen Baron Ivor v. Kaas zu Berichterstattern gewählt.

Krainburg, 14. September. Auf dem heutigen Markte sind
erschiene: 33 Wagen mit Getreide und 9 Wagen mit Holz.
Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, fl., kr., Item, fl., kr.
Weizen pr. Metzen 5 10 Butter pr. Pfund — 36
Korn " 3 30 Eier pr. Stück — 1 1/2
Gerste " — " Milch pr. Maß — 10
Hafer " 1 26 Rindfleisch pr. Pfd. — 20
Halbfrucht " — " Kalbfleisch " — 22
Heiden " 3 12 Schweinefleisch " — 22
Gerste " 2 30 Schöpfenfleisch " — 14
Kukuruz " 3 15 Hühner pr. Stück — 24
Erdäpfel " 1 20 Tauben " — 10
Linsen " 3 52 Hen pr. Zentner — —
Erbsen " — " Stroh " — —
Fisolen " 3 84 Holz, hartes, pr. Kst. 5 50
Rindschmalz pr. Pfd. — 47 — weiches, " 3 90
Schweineschmalz " — 42 Wein, rother, pr. Eimer 6 —
Speck, frisch, " — 38 — weißer " — —
Speck, geräuchert, Pfd. — 44

Angefommene Fremde.

Am 12. September.

Stadt Wien. Die Herren: Sr. Durchlaucht Fürst Georg
und Ihre Durchlaucht Fürstin Luise Schönburg, von Schnee-
berg. — Sr. Durchl. Fürst Hugo Schönburg, von Prinzessin
Hermine Schönburg, von Sachsen. — v. Fichtenau, Herr-
schaftsbes., von Agram. — Ehrenreich, Herrschaftsbes., von
Ponovic.

Elefant. Die Herren: Klinger, Gewerksbes., von Klagenfurt.
— Ruß, Abiturient, von Rudolfsweirh. — Bergant, von
Oberlaibach. — Zimutti, Bauunternehmer, von St. Peter. —
Dezman, Privatier, von Velbes. — Pio-Leo, von Ponovic.
— Hestl, Architekt, von Wien. — Dr. Olivo, Notar, von
Görz. — Clemenz, Brühl, Kaufm., und Buchberger, Capitän,
von Triest.

Kaiser von Oesterreich. Herr Sim, Drechsler, von Sauer-
brunn.

Mohren. Herr Zaffoni, k. k. Major, von Görz.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Richtung des Windes, Niederschlag in Pariser Linien.
September 14. 6 U. Mg. 324.41 +10.6 windstill f. ganz bew.
2 " N. 323.54 +13.1 windstill Regen 16.76
10 " Ab. 323.55 +12.5 windstill größth. bew.

Nachts größtentheils bewölkt. Morgens Regenwolken aus S.
ziehend. Schon Vormittags Regen, seit 14 Tagen der erste Nie-
derschlag. Mittags einzelne Donnererschläge. Abends starkes Wet-
terleuchten in S. Nachts starke Stiffe. Das Tagesmittel der
Wärme um 0.8° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht. Wien, 12 September. Die Börse verkehrte in matter Haltung und die Papiere stellten sich merklich billiger, während Devisen und Valuten zur gestiegenen Notiz begehrt
schlossen. Geld flüssig. Umsatz limitirt.

Table with 4 columns: A. des Staates (für 100 fl.), Böhmen, Währen, etc.
A. des Staates (für 100 fl.) Geld Waare
In v. W. zu 5pCt. für 100 fl. 55.30 55.50
Böhmen . . . zu 5% 92.— 92.50
Währen . . . " 5 " 89.50 90.—
Schlesien . . . " 5 " 88.— 88.50
Steiermark . . . " 5 " 87.— 87.50
Ungarn . . . " 5 " 76.25 76.75
Temeser-Banat . . . " 5 " 73.25 73.50
Croatien und Slavonien . . . " 5 " 75.50 76.—
Galizien . . . " 5 " 68.25 66.75
Siebenbürgen . . . " 5 " 71.50 72.25
Bulovina . . . " 5 " 66.50 67.—
Ung. m. d. B.-E. 1867 " 5 " 73.25 73.75
Tern. B. m. d. B.-E. 1867 " 5 " 72.— 72.50
Actien (pr. Stüd.)
Nationalbank . . . 717.— 719.—
Kaiser Ferdinands-Nordbahn zu 1000 fl. ö. W. 1847.— 1850.—
Kredit-Anstalt zu 200 fl. ö. W. 209.50 209.60
N. ö. Escom.-Ges. zu 500 fl. ö. W. 630.— 634.—
Staatseisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. oder 500 Fr. 249.80 250.—
Kais. Elis. Bahn zu 200 fl. ö. W. 162.— 162.50
Süd.-nordb. Ver.-B. 200 " 148.75 149.—
Süd.-E.-L.-Ver. n. z. i. E. 200 fl. ö. W. oder 500 Fr. 184.10 184.30
Geld Waare
Gal. Karl-Lud.-B. z. 200 fl. ö. W. 208.75 209.—
Böhm. Westbahn zu 200 fl. 153.— 153.25
Oest. Don.-Dampfsch.-Ges. 525.— 527.—
Oesterreich. Lloyd in Triest 238.— 240.—
Wien-Dampfm.-Actg. 370.— 380.—
Pester Kettenbrücke 438.— 440.—
Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl. 163.50 164.—
Lemberg Cernowitzer Actien 185.— 186.—
Versicher.-Gesellschaft Donau 254.— 258.—
Pfandbriefe (für 100 fl.)
Nationalbank auf verlosbar zu 5% 97.50 97.70
E. M.
Nationalb. auf ö. W. verlosb. 5 " 92.80 93.—
Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5% " 92.— 92.25
Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt verlosbar zu 5% in Silber 101.50 102.—
Lose (pr. Stüd.)
Cred.-A. f. S. u. G. z. 100 fl. ö. W. 137.50 138.—
Don.-Dampfsch.-G. z. 100 fl. ö. W. 92.— 93.—
Stadtgem. Dfen " 40 " ö. W. 30.50 31.—
Esterhazy zu 40 fl. ö. W. 160.— 163.—
Salzn " 40 " " 37.— 38.—
Geld Waare
Paffsb zu 40 fl. ö. W. 32.50 33.—
Clary " 40 " " 31.50 32.—
St. Genois " 40 " " 30.50 31.—
Windischgrätz " 20 " " 20.— 21.—
Waldstein " 20 " " 20.50 21.50
Keglevich " 10 " " 14.50 15.50
Andolf-Stiftung 10 " " 14.50 15.—
Wechsel (3 Monate)
Augsburg für 100 fl. südd. W. 95.70 96.—
Frankfurt a. M. 100 fl. detto 95.90 96.20
Hamburg, für 100 Mark Banco 84 50 84.75
London für 10 Pf. Sterling 115 40 115.60
Paris für 100 Franks 45 70 45.75
Cours der Geldsorten
Geld Waare
K. Münz-Ducaten 5 fl. 48 1/2 fr. 5 fl. 49 fr.
Napoleons'd'or 9 " 20 " 9 " 20 1/2 "
Russ. Imperials " " " " " " " "
Preussenthaler 1 " 69 " 1 " 69 1/2 "
Silber 113 " 50 " 113 " 75 "
Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Pri-
vatnotirung: 86.50 Geld, 90 Waare.